

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31302  
Zel.-Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rede: Stadthaus Dresden, Stroßf. Blasewitz Nr. 606  
Postfach-Nr.: 312 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Deter & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Orschel, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 8spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Rückst. d. Auftragsgeber.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
87. Jahrgang

207

Sonnabend, den 5. September

1925

## Eine Konferenz der Außenminister?

### Bisher keine Zusage Stresemanns

In den letzten Tagen nehmen die Meldungen der ausländischen Blätter über die angeblich noch im September geplante Zusammenkunft der Außenminister über den Sicherheitspakt immer festere Gestalt an. Besonders in den englischen politischen Kreisen will man wissen, daß der deutsche Außenminister Dr. Stresemann bereit sei, seinen Urlaub zu unterbrechen und sich nach der Schweiz zu begeben, um in privaten Unterhandlungen mit den alliierten Außenministern die Grundlinien einer großen Sicherheitskonferenz vorzubereiten. Hierzu kann von deutscher Seite nur soviel mitgeteilt werden,

daß Minister Dr. Stresemann den alliierten Regierungen bisher weder offiziell noch inoffiziell irgendwelche Zusagen hinsichtlich seiner Teilnahme an der Aufnahmefahrt der alliierten Außenminister gegeben hat.

Dagegen liegt vom deutschen General-Konsul in der Schweiz eine sehr positiv gehaltene Mitteilung vor, wonach England, Italien und Frankreich bereits eine Begrüßung der Außenminister geplant haben und ohne Rücksicht auf die Zulassung des deutschen Außenministers nach Beendigung der inoffiziellen Verhandlungen in Genf in Lausanne oder einer anderen in der Nähe von Genf gelegenen Stadt zusammenzukommen.

Durch dieses vorläufige Vorgehen will man offensichtlich den deutschen Außenminister veranlassen, sich schärfer für die Teilnahme an den Verhandlungen zu entschließen.

zumal Deutschland schwerlich darauf verzichten kann, an den Vorbereitungen der großen Vollkonferenz teilzunehmen.

Man kann also unter Umständen damit rechnen, daß Dr. Stresemann sich tatsächlich dazu entschließt, zu einer privaten Aussprache mit den alliierten Staatsmännern nach der Schweiz zu reisen. Eine Teilnahme des Reichskanzlers Dr. Brüning an diesen Vorbereitungen kann nach Auffassung der Reichsregierung natürlich nicht in Frage kommen, denn der deutsche Kanzler würde nur an einer offiziellen Konferenz teilnehmen können.

### die Einberufung der großen Sicherheitskonferenz nunmehr beschlossen

werden. Wenn es zu einer Zusammenkunft der Außenminister kommt, dann wäre dies bereits der Auftakt zu den direkten Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen, die dann eventuell schon gegen Ende Oktober und vorwiegend in Brüssel an der großen Sicherheitskonferenz zusammenzutreten werden. Die belgische Hauptstadt dürfte schon jetzt als Konferenzort in Betracht in Frage kommen, da weder England noch Frankreich die Rolle der einladenden Macht übernehmen wollen. Besonders die Franzosen sind für Brüssel, weil sie der Meinung sind, daß belgische London als Tagungsort der englischen Regierung alle Möglichkeiten eröffnen würde, einen entscheidenden Druck auf die anderen Mächte auszuüben.

Das Abstreben der alliierten Regierungen geht dahin, noch vor Ablauf dieses Jahres zum Abschluß des Sicherheitspaktes zu gelangen.

Nach Deutschland hat ein gewisses Interesse daran, daß das Vorkonferenzproblem nicht die lange Bank geschoben und der einmal eingeschlagene Weg der Verhandlungen nochmals unterbrochen wird. Die Berliner Regierung hat lediglich daneben Bedenken, daß man eine so wichtige Frage wie der Sicherheitspakt im Eiltempo zu erledigen sucht.

Nunmehr wäre es nicht verfehlt, wenn die große Konferenz gegen Ende Oktober zusammentritt, denn bis dahin kann der deutsche Außenminister endgültig entschlossen sein, in der Konferenz teilzunehmen. In der Sache ist es nicht mehr, mit einem Verhandlungsprogramm nach Brüssel zu gehen.

### Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn

#### Ein neues Schlichtungsverfahren

Das Reichsarbeitsministerium hat den Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter ein Schreiben, in dem die Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens gebittet wird, beifügt, und erklärt, daß das Schlichtungsverfahren eingeleitet wurde. Der Zeitpunkt der neuen Verhandlungen und der Name des Schlichters steht bisher noch nicht fest.

#### Keine Streikgefahr

(Eigener Informationsdienst.)

Die alarmierenden Meldungen über einen drohenden Streik bei der Reichsbahn sind, wie wir von zuverlässiger Seite wissen, als außerordentlich übertrieben und jeder ersten Grundlage entbehrend zu bezeichnen. Irrendenweise Streikbewegungen sind weder in den großen Eisenbahnverwaltungsbezirken noch in der Provinz zu beobachten. Die Gewerkschaftsorganisationen der Eisenbahner sind ihrerseits der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die beabsichtigten Schlichtungsverhandlungen ein Streik im gegenwärtigen Augenblick absolut ungewiss wäre. Es ist ausdrücklich an die Lokalorganisation die Weisung ergangen, keine übereilten Schritte zu unternehmen und von wilden Teilstreiks abzugehen.

#### Das österreichische Problem

(Eigener Informationsdienst.)

In Deutschland ist man angesichts der neuerlichen Erörterungen über die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland auch jetzt wieder sehr lebhaft daran interessiert, welche Einwirkungen der Völkerverbund auf das österreichische Problem sein wird. Wie wir erfahren, muß der gegenwärtige Stand der Anschlussfrage als wenig günstig bezeichnet werden, da es bisher lediglich von spanischen Anschlussangeboten keine Mitteilung gekommen ist und auf der anderen Seite die österreichische Regierung sich in der Lage gesehen hat, aktiv an diesen Bestrebungen teilzunehmen. Dagegen läßt sich die österreichische Regierung angesichts der außerordentlich düsteren Lage des Landes gerührt sehen, ihre Abmachungen mit dem Völkerverbund zu verweigern, wodurch die Frage des Anschlusses an Deutschland wieder einmal in die Ferne rücken muß.

#### Die Wosulfrage vor dem Völkerverbund

Nach Anhörung einer kurzen Erklärung des türkischen Außenministers Tewfik Bey trat der Völkerverbund auf Antrag Brindans zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen, um über das weitere Vorgehen zur Behandlung der Streitfrage über das Wosulgebiet zu beraten. An dieser nichtöffentlichen Sitzung nahm auch die türkische Delegation teil. Tewfik Bey hatte sich in seiner Gegenäußerung auf knappe Bemerkungen beschränkt, in denen er feststellte, daß die türkische Argumentation und die Schlussfolgerungen seiner Ausführungen wirklich dem Berichte der Wosulkommission entsprechen. Er teilte mit, daß er für die Ratmitglieder ein Memorandum auszuarbeiten werde, in dem die Aus-

führungen des englischen Kolonialministers Amery eingehend behandelt und widerlegt werden sollen. Der türkische Außenminister betonte nachdrücklich, daß die türkische Regierung den Bewohnern des Wosulgebietes die gleichen Rechte gewähren werde, wie sie die übrigen türkischen Staatsangehörigen genießen. Im übrigen seien die Rechte der Minderheiten im Wosulgebiet durch die entsprechenden Bestimmungen des Lausanner Vertrags vollkommen gesichert. Die Türkei verlange Frieden und Sicherheit für alle. Die von England geforderte Lösung bewege aber nur die Sicherheit seiner eigenen Stellung. In nichtöffentlicher Sitzung hat der Völkerverbund dann beschlossen, die weitere Behandlung der Wosulfrage einem dreigliedrigen Ratkomitee zu übertragen, das aus Quinones de Leon, Spanien, Guanturuguay und Under-Schweden besteht. Diese Kommission, die übrigens bereits im Oktober 1924 bei der außerordentlichen Tagung des Völkerverbundes in Brüssel gebildet wurde, wird ihre Arbeiten noch heute auf Grund der Unterlagen beginnen, die in dem Bericht der Wosulkommission enthalten sind, bzw. von den beiden Parteien geliefert wurden.

#### Die Optantenausweisung

(Eigener Informationsdienst.)

Ueber die Haltung der polnischen Regierung in der Optantenausweisung erfahren wir, daß der polnische Minister des Auswärtigen dem deutschen Gesandten ein am 2. September in der Gesandtschaft eingegangenes Schreiben zugehen ließ. Das Schreiben bietet sachlich nichts Neues. Graf Strzyński verbart bei der ablehnenden Stellung der polnischen Regierung, die nicht versteht, wie die Forderung der Rechte aus einem Vertrage für die Beziehungen zweier Länder verhängnisvoll sein könne. Da Polen sich nach wie vor auf sein formales, ihm deutscherseits nie bestrittenes Recht stützt, werden also die Optantenausweisungen zum Schaden der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen weitergehen.

### Um die Deutscherhaltung des Saargebietes

Der Völkerverbund ist in seine Septembertagung eingetreten. Wie so oft wird er sich auch diesmal mit den Verhältnissen im Saargebiet beschäftigen. Dabei wird es nützlich sein, daß die maßgebenden Staatsmänner der gegnerischen Staaten auf dieser Tagung über die wahren Verhältnisse bzw. Wünsche im Saargebiet unterrichtet werden. Dem Völkerverbund liegt zurzeit der Bericht der Saarregierung über die Verwaltung des Saargebietes zur Prüfung vor. Aus diesen Berichten, die zu jeder Tagung erstattet werden, soll sich der Völkerverbund über die Verwaltung des angeführten Gebiets unterrichten und etwaige Beschwerden der Bevölkerung abklären. Schon bisher war das nur in unzureichendem Maße möglich, da diese Berichte größtenteils sehr nichtssagend oder tendenziös gehalten waren. Der diesjährige Bericht wird nun von allen Seiten als absolut farblos bezeichnet.

Der letzte Bericht kann allerdings auf eine gewisse Besserung der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet und auf den Abschluß des deutsch-französischen Saarabkommens hinweisen. Aber wenn dieses Abkommen, das unter den schwierigsten Umständen zu Stande gekommen ist, wirkliche Vorteile für das Saargebiet mit sich bringen sollte, dann käme das Verdienst an dieser Besserung anderen Stellen zu. Es ist den deutschen und französischen Verhandlungsführern gelungen, durch dieses Abkommen wenigstens halbwegs erträgliche Verhältnisse für die Kohstoffversorgung der saarländischen Industrie und den Abfall ihrer Erzeugnisse in Deutschland zu schaffen. Ob die schon Monate andauernde Wirtschaftskrise in der saarländischen Wirtschaft nunmehr behoben ist, unterliegt noch einem Zweifel. Vorläufig zeigt sich diese Krise noch in der Notlage der Sozialrentner und Arbeiter, für deren Erhaltung von Seiten der Saarregierung nichts geschieht.

Dagegen enthält der Bericht keinerlei Hinweise auf die eigentliche Verwaltung und die Stimmung der Bevölkerung. In der „Times“ sagt Robert Donald sehr scharf ins Gericht mit der Tätigkeit der Regierungskommission. Er stellt fest, daß während des letzten Jahres kein Fortschritt erzielt worden sei, um das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen oder sie mit der Völkerverbundsregierung zu versöhnen. Das Verhältnis zwischen Regierungskommission und Bevölkerung hat sich ganz besonders durch das Verhalten der ersten während der Jahrtausendfeier verschlechtert. Die Erlasse, die den Beamten und Schulern die Teilnahme an den Feiern verboten, mehr aber noch die Bestrafung unzufriedener Schüler wegen Schulversäumnis am Tage der Rundgebungen haben tiefen Unwillen hervorgerufen. Die „Times“ sieht in diesem Verhalten der Regierungskommission einen „schlimmen Mangel an Urteilskraft“, und erklärt, das ruhige und friedliche Benehmen der Saarverwaltungen bei diesen Feiern verdiene Vertrauen. Im Landesrat ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß die Jahrtausendfeier des Saargebietes die Bedeutung einer Volksabstimmung zugunsten Deutschlands gehabt habe. Das ist durchaus richtig.

Trotzdem wird der Wille der Bevölkerung nicht geachtet. Beispielsweise die Presse wird weiter geknebelt; die Vereins- und Versammlungsfreiheit steht vielmehr auf dem Papier. Minderjährige Saarländer werden gegen ihren Willen in die Fremdenlegion verschleppt und müssen in Marokko für den französischen Imperialismus bluten. Ganz